

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/51

16. März 1976

Warnung vor politischer Pogrom-Stimmung

Zur Besorgnis evang. Theologen über die Wahlkampf-  
methoden Filbingers

Von Hans Koschnick  
Stellv. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands

Seite 1 / 31 Zeilen

Umfall der Union nach vorn

Notwendiges Nachwort zum Verhalten der CDU/CSU in  
Sachen Polen-Vereinbarungen

Von Egon Bahr MdB  
Bundeminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 2 und 3 / 46 Zeilen

Tägliche Gewöhnung an die Gewalt

TV-Berieselung mit Brutalität eine gefährliche Zeit-  
bombe

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB  
Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Seite 4 / 33 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Protestbrief evang. Pfarrer gegen CDU-Demagogie

Seite 5 und 6 / 71 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Bokert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Presshaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 32 60 07 - 88  
Telex: 08 66 846 - 48 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376811

Warnung vor politischer Pogrom-Stimmung

Zur Besorgnis evang. Theologen über die Wahlkampfmethoden Filbingers

Von Hans Koehnigk

Stellv. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dieser Tage ist mir der offene Brief von 20 Theologen aus Baden-Württemberg in die Hände gekommen, der an den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/GSU anlässlich seiner 20. Bundestagung vom 5. bis 7. März in Stuttgart gerichtet war. Darin verwehren sich die Unterzeichner gegen die demagogischen Wahlkampfmethoden von Ministerpräsident Hans Filbinger und seiner Mannschaft (siehe Dokumentation in dieser Ausgabe).

Ich möchte diesen Brief zum Anlaß nehmen, darauf aufmerksam zu machen, daß Baden-Württemberg in diesen Wochen Schauplatz einer in der Bundesrepublik bisher nicht einmal zu Konrad Adenauers Zeiten bekannten politischen Pogrom-Stimmung geworden ist. Das Maß an Unterstellung hat einen Punkt erreicht, wo der für unsere Demokratie so unerlässliche Konsens in den Grundwerten durch das Verhalten von Unionspolitikern ernsthaft gefährdet ist.

Ich möchte nicht nur den Unterzeichnern des erwähnten Briefes, sondern auch dem Landesbischof der Evangelischen Kirche in Baden, Hans-Wolfgang Heidland, dafür danken, daß sie gegen derlei Verunglimpfungen ihre Stimme öffentlich erhoben haben.

Landesbischof Heidland appellierte mit folgenden Worten an die politischen Parteien des Landes: "Es sei einmal dankbar festgestellt, daß in unserer bisherigen Geschichte Staat und Kirche noch nie so in gegenseitiger Freiheit und Zusammenarbeit gelebt haben, wie dies heute zugunsten des Menschen möglich geworden ist und künftig noch ausgebaut werden kann. Umso bedauerlicher ist es, daß der Wahlkampf auszuarten droht und durch seinen Stil die Grundlagen des Staates schädigt. Die Parteien dürfen nicht durch ihre Auseinandersetzungen das ohnehin verletzte Vertrauen des Bürgers in seinen Staat noch stärker gefährden. Das heißt, daß sie den politischen Gegner nicht persönlich verdächtigen oder gar verteufeln".

Diese Stimmen haben ihr eigenes Gewicht, sind sie doch Ergebnis christlicher Verantwortung und Erfahrung aus der Weimarer Republik. Schon einmal wurde eine demokratische Republik zu Tode geritten, weil im innenpolitischen Tagekampf der gemeinsame Grundkonsens freiheitlicher, demokratischer Gruppierungen aufgegeben wurde.

(-/16.3.1976/vs/pr)

+ + +

Umfall der Union nach vorn  
-----

Notwendiges Nachwort zum Verhalten der CDU/CSU in Sachen Polen-Verainbarungen

Von Egon Bahr MdB

Bundeminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Am Anfang muß die Genugtuung stehen: Die Verträge mit Polen sind wirksam, das Werk der Entspannung kann weitergehen, mehr als 120 000 Menschen werden bis Ende 1979 in die Bundesrepublik kommen.

Die Rentenpauschale in Höhe von 1,3 Milliarden DM ist fair. Ihre Grundlage ist eine Verpflichtung, die sich nach deutschem Recht ergibt. Das hat nun auch die CDU mit ihrem Ja anerkannt.

Die eine Milliarde DM Kredit, mit der die Bundesrepublik Deutschland denselben Weg geht, den fast alle westlichen Industrieländer vor uns beschritten haben, wird auch dazu beitragen, durch dafür zu erwartende Aufträge bei uns Arbeitsplätze zu sichern. Auch dies hat die Union mit ihrem Ja - endlich - anerkannt.

An den Verträgen ist kein Wort geändert. Es war im Grunde ein unwürdiges Schauspiel, daß die Unionsparteien zur Interpretation von der polnischen Regierung hören wollten, was ihnen die deutsche Regierung bereits gesagt hatte: Und am Inhalt dieser Versicherungen hat sich nichts verändert.

In der deutschen Interpretation der polnischen Interpretation ist ein Wörtchen gestrichen worden. Der Bundeskanzler hatte recht, wenn er im Bundesrat unterstrich, daß sich daraus keine Automatik ergibt. Und

Franz Josef Strauß hatte recht mit seinem Zweifel, ob sich daraus eine völkerrechtlich verbindliche Verpflichtung ergibt. Auch wer Strauß nicht liebt, muß ihm recht geben, wenn er recht hat.

Wer sich an die zuweilen chauvinistischen Masselosigkeiten der Union bei der Debatte über die Polen-Abkommen im Deutschen Bundestag erinnert, wird sich heute verwundert fragen: Was hat sich denn verändert in den wenigen Wochen seither? An den Verträgen ja kein Buchstabe. Die Union ist umgefallen, diesmal nach vorn. Bei früheren Ostverträgen ist ihr das Nein oder die Enthaltung in Lebensfragen der Nation schlecht bekommen. Diesmal hat sie einen hochstilisierten Vorwand, eine kosmetische Schönheitsreparatur, benutzt, um eine Positionsänderung vorzunehmen, bei der sie mehr auf den 3. Oktober schielte als nach Polen.

Auch wenn die Kursänderung der Union der deutschen Außenpolitik und unserem gemeinsamen Ansehen zugute kommt, ist sie ein Beispiel dafür, wie man Außenpolitik nicht machen darf: Im Interesse innenpolitischer Zweckmäßigkeiten so zu tun, als ob die Erläuterungen wichtiger seien als der Vertragstext. Aber auch das hat ja seine Geschichte. Die Entschliessung des Bundestages zum Moskauer Vertrag lag auf ähnlicher Ebene.

Allerdings gibt es auch für das Ja bereits einen Vorläufer. Die Unionsparteien haben dem Verkehrsvertrag mit der DDR zugestimmt. Sie haben, auch entgegen allem, was sie vorher von sich gegeben hatten, damals akzeptiert, daß die DDR ein Hoheitsgebiet hat, also ein Staat mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen ist. Diese Zustimmung erfolgte im Sommer 1972, auch damals wenige Monate vor einer Bundestagswahl.

Es ist zu hoffen, daß die Spekulationen diesmal wie damals nicht aufgehen, die vom leidenschaftlichen Nein zu einem Ja der Geschlossenheit mit Schönheitsfehlern geführt haben. (-/16.3.1976/ve/pr)

+ + +

### Tägliche Gewöhnung an die Gewalt

TV-Berichterstattung mit Brutalität eine gefährliche Zeitbombe

Von Dr. Rudolf Schöffberger MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Zwischen ihrem fünften und ihrem fünfzehnten Lebensjahr sehen die Kinder der Bundesrepublik rund 12 500 Menschen auf mehr oder minder gewaltsame oder grausame Weise auf dem Bildschirm sterben. Täglich gibt es drei bis vier Leichen, mancher Krimi schafft spielend das Kontingent einer ganzen Woche.

Dies hat Professor Haribert Heinrichs von der Pädagogischen Hochschule Hildesheim bereits im Jahre 1972 wissenschaftlich untersucht und festgestellt. Geändert hat sich seither nichts. "Kinder werden durch das Fernsehen mit der Gewalt vertraut. Wenn sie später in entsprechende Situationen kommen, sind sie eher bereit, wie im Fernsehen zu reagieren - mit Gewalt also", meint Professor Heinrichs. Und wie der amerikanische Psychologe Robert Lieber von der New Yorker Staatsuniversität warnt auch Heinrichs vor brutalen Fernsehprogrammen: "Sie wirken wie eine Zeitbombe. Die Folgen sind oft erst nach zehn bis zwanzig Jahren zu merken".

Der aufmerksame Leser der Kriminalstatistik merkt die Folgen heute schon. Die Gewaltkriminalität nimmt auffallend zu. Der Anteil jugendlicher und heranwachsender Täter wächst von Jahr zu Jahr. Sicher ist nicht jede Gewalttat auf einen schädlichen Fernseheinfluß zurückzuführen. Aber unverkennbar leistet das Fernsehen seinen täglichen Beitrag zur Gewaltkriminalität. Dies hat mit Meinungsfreiheit und Freiheit der Kunst nicht mehr viel zu tun. Auch diese Freiheiten haben ihre verfassungsmäßigen Grenzen. Angesichts der steigenden Zahl tragischer Blutopfer und der Milliardenbeträge, die eine tägliche Kriminal- und Justizpolitik bis hin zum Strafvollzug verschlingt, müssen diese Grenzen sehr bald aufgezeigt werden.

Auch das vielstimmige Lamento von Politikern und besorgten Bürgern über die steigende Gewaltkriminalität bringt keinen Wandel, wenn man sich nicht entschließen kann, die kriminogenen Faktoren für eine solche Entwicklung zu erforschen und zurückzudrängen. Und zu den kriminogenen Faktoren gehören mit Sicherheit auch die vom Fernsehen vermittelte Grausamkeit und Brutalität, die alltägliche und nicht selten 'heldenhafte' Ausübung von Mord und Totschlag.

(-/16.3.1976/vs/pr)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Protestbrief evang. Pfarrer gegen CDU-Demagogie

" O f f e n e r   B r i e f  
an die Teilnehmer der 20. Bundestagung  
des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU  
vom 5. - 7. März 1976 in Stuttgart  
z.Hd. von Herrn Dr. Gerhard Schröder

Sehr geehrte Damen und Herren!

Aus Anlaß Ihrer 20. Bundestagung, zu der die meisten von uns als Pfarrer der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zusammen mit anderen kirchlichen Persönlichkeiten eingeladen worden sind, wenden wir uns an Sie.

Unabhängig vom eigenen politischen Standort protestieren wir gegen die demagogischen Wahlparolen der CDU in Baden-Württemberg unter Führung von Dr. Hans Filbinger. Vom CDU-Parteitag in Sindelfingen bis zu den laufenden Großanzeigen in den Zeitungen unseres Landes wird der demokratische Sozialismus in Gegensatz zur Freiheit gesetzt.

Keine der demokratischen Parteien hat das Recht, einen Alleinvertretungsanspruch auf die Grundwerte unserer Verfassung zu erheben, der die übrigen Parteien ausschließt.

Wer das tut, setzt sich selbst dem dringenden Verdacht totalitärer Gesinnung aus und macht sein eigenes Bekenntnis zur Freiheit unglaubwürdig.

Für die Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU haben Sie das Motto gewählt: In Glaube und Freiheit verpflichtet.

Christlicher Glaube verpflichtet zur Freiheit  
und sagt NEIN zum Anspruch einer 'alleinseligmachenden'  
Partei.

Christlicher Glaube verpflichtet zur Redlichkeit im Wett-  
streit um den Wählerauftrag  
und sagt NEIN zur Täuschung der Bevölkerung mit demagogi-  
schen Parolen.

Christlicher Glaube verpflichtet zu mutigen Anstrengungen

bei der Lösung von anstehenden Aufgaben  
und sagt NEIN zu dem Geschäft mit der Angst der Menechen.

Christlicher Glaube verpflichtet zur Weckung der Gewissen  
für solidarische Verantwortung angesichts von Hunger und  
Armut in der Welt

und sagt NEIN zu dem gewissenlosen Appell an den kurzsich-  
tigen Eigennutz der Besitzenden.

Die Wahlkämpfe in unserem Land dürfen nicht länger zu bedenkenlosen Ver-  
führungskampagnen entarten.

Die Zeit wird immer knapper, in der wir lernen können, daß wir alle auf-  
einander angewiesen sind.

Die Aufgaben, von denen unser aller Zukunft abhängt, können in einem Klima  
der Verketzerung des Gegners nicht gelöst werden.

Die willkürliche Zerstörung des demokratischen Grundvertrauens muß sich zum  
Schaden aller auswirken, auch zum Schaden der dafür Verantwortlichen.

Wir appellieren daher eindringlich an Sie, sich von den falschen Alterna-  
tiven zu distanzieren und auf sachliche Auseinandersetzung im Wahlkampf hin-  
zuwirken.

Mit freundlichen Grüßen

Jobst Conrad, Pfarrer, Korntal  
Hans Guther, Pfarrer i.R., Korntal  
Eugen Stöffler, Dekan, Leonberg  
Gerhard Wessler, Pfarrer und Generalsekretär der  
Ev. Akademikerschaft in Deutschland, Stuttgart  
Helmut Aichelin, Pfarrer, Stuttgart  
Horst Bannach, Pfarrer und Verleger, Stuttgart  
Albrecht Binetsch, Pfarrer, Ulm-Wiblingen  
Rudolf Daur, Pfarrer i.R., Stuttgart  
Manfred Flacher, Pfarrer, Stuttgart-Hohenheim  
Werner Frank, Pfarrer, Evang. Männerwerk, Stuttgart  
Karl Hartmann, Dekan, Sulz  
Diether Hermann, Dekan, Stuttgart-Degerloch  
Frieder Mörke, Landesjugendpfarrer, Korntal  
Dr. Jürgen Moltmann, Professor, Tübingen  
Dr. Ludwig Raiser, Professor, Tübingen  
Hermann Schäufele, Pfarrer, Stuttgart  
Walter Schlenker, Dekan, Tuttlingen  
Christian Tröbst, Pfarrer, Reichenbach/Elbe  
Gotthilf Weber, Dekan i.R., Fellbach  
Wolf-Dieter Hardung, Dekan, Stuttgart-Bad Cannstatt

Kontaktadresse: Pfarrer Jobst Conrad, Auf dem Roßbühl 2  
7015 Korntal, Telefon 0711/ 84 18 34"

(-/ 16.3.1976/ve/os

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller